

VÖWVG Infosheet

VÖWVG-Infosheet: Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2013

Im Rahmen der Europa 2020 Strategie, welche auf stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken für mehr Wachstum und Beschäftigung abzielt, beschlossen 2012 die Staats- und RegierungschefInnen einen "Pakt für Wachstum und Beschäftigung". Dieser bildet einen Rahmen für Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten unter Verwendung aller zur Verfügung stehender Mittel.

Im Rahmen des Europäischen Semesters, welches mit der Annahme des jeweiligen Jahreswachstumsbericht beginnt, schlägt die Kommission dem Rat alljährlich für jeden Mitgliedstaat länderspezifische Empfehlungen vor. Die Empfehlungen basieren auf einer Bewertung der jeweiligen nationalen Pläne zur Erreichung ausgeglichener Staatsfinanzen (Stabilitäts- und Konvergenzprogramme) und politischer Maßnahmen Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum (nationale Reformprogramme).

Wir dürfen Ihnen in diesem Infosheet die Kernpunkte des gebilligten Entwurfs einer Empfehlung des Rates, welcher im Juli formell angenommen wird, vorstellen.

Folgende Punkte werden adressiert:

Wirtschaft und Finanzen:

- Österreich ist auf gutem Weg, bis 2016 ein nominal ausgeglichenes Budget und 2017 das mittelfristige Haushaltsziel zu erreichen. Der projizierte Rückgang an Ausgaben wird als sehr ambitioniert wahrgenommen. Verzögert könnten die Bestrebungen jedoch durch die Abwicklung einer Großbank werden.
- Die Steuerstruktur bietet Spielraum für eine Verlagerung der Steuerlast von NiedrigverdienerInnen auf andere Quellen.
- Risiken werden in den mittel- und langfristigen Ausgaben für Pensionen und Gesundheit identifiziert. Kürzlich durchgeführte Reformen müssen erst ihre Wirkung entfalten.
- Dem Bildungssystem werden Ineffizienzen im Bereich der 10- bis 15-Jährigen attestiert. Diese Altersgruppe schneidet unterdurchschnittlich ab, obwohl die Ausgaben deutlich über dem Durchschnitt liegen.
- Durch die Beseitigung bestehender Hemmnisse für grenzübergreifende Dienstleistungen, besonders im Eisenbahnbereich, könnte Österreich überproportional profitieren.

Beschäftigung und Bildung:

Beschäftigung und Bildung:

- Das Arbeitskräftepotential dürfte ab 2020 zurückgehen, der Bedarf an qualifizierten ArbeitnehmerInnen steigt jedoch weiterhin.
- Optimierungspotential wird bei der Erwerbsbeteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgezeigt: **1) ältere ArbeitnehmerInnen 2) Frauen 3) Personen mit Migrationshintergrund**
- Kritisiert wird das niedrige Pensionsantrittsalter bei Frauen und die "weit verbreitete" Inanspruchnahme von Frühpensionsregelungen.
- Trotz einer im Vergleich hohen Frauenbeschäftigungsquote gibt es Spielraum für Verbesserungen. Dazu sollten vor allem Kinderbetreuungseinrichtungen und Langzeitpflegedienste ausgebaut werden.

Sieben Empfehlungen für den Zeitraum 2013 - 2014:

1. Die Einhaltung des geplanten Budgets sowie den geplanten Abbau des "übermäßigen" Defizits. Zudem wird eine Straffung der Finanzbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Regierungsebenen vorgeschlagen. Dies kann unter anderem durch eine Vereinfachung des organisatorischen Aufbaus erreicht werden.
2. Vorantreiben der Harmonisierung des Pensionsalters von Frauen und Männern. Zudem soll die Inanspruchnahme von Frühpensionen eingeschränkt werden sowie die Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen verbessert werden.
3. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen soll erhöht werden. Dies kann durch die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots und der Langzeitpflegedienste erreicht werden.
Für alle "Problemgruppen" gilt jedoch, dass eine haushaltsneutrale Verlagerung von Steuer- und Beitragsleistungen auf andere Steuerquellen zur Entschärfung der Problematik beitragen kann.
4. Die jüngsten Reformen im Gesundheitswesen müssen effektiv umgesetzt werden, um die Effizienzvorteile nutzbar zu machen. Des Weiteren wird die Entwicklung eines finanziell tragfähigerem Modell für Langzeitpflegedienste gefordert.
5. Die Bildungsergebnisse, vor allem im Bereich benachteiligter junger Menschen, sollen verbessert werden. Dies kann durch die Verbesserung frühkindlicher Bildung erreicht werden.
Zudem werden Verbesserungen im Hochschulwesen vorgeschlagen, um die Abbrecherquote zu reduzieren.
6. Die Befugnisse der Bundeswettbewerbsbehörde sollen gestärkt werden um Hindernisse für Dienstleister zu beseitigen. Dazu zählen auch die Überprüfung von Beschränkungen der Aufnahme und Ausübung reglementierter Berufe.
Gefördert soll zudem der Wettbewerb im Schienenverkehr werden.
7. Zur Einhaltung der Finanzstabilität ist es notwendig die verstaatlichten und teilweise verstaatlichten Banken weiterhin eng zu überwachen und die Umstrukturierungen voranzutreiben.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung!

Herzlichst,

Ihr [VÖWG-Team](#)

Rückfragehinweis: stefan.krase@voewg.at

IMPRESSUM:



Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWVG)
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Tel. 0043-1-4082204

Fax. 0043-1-4082602

sekretariat@voewg.at